

# Ost-West-Mobilität in Deutschland - Ende der Abwanderung?

Hartmut Häußermann, Berlin

## Kurzfassung

Nach den hohen Abwanderungszahlen in den Jahren 1989-1991 ist inzwischen die Abwanderung und die Bereitschaft zur Abwanderung in Ostdeutschland stark zurückgegangen. Betriebsschließungen und Massenentlassungen hatten keineswegs die unmittelbare Folge, daß betroffene Arbeitskräfte aus ökonomisch darniederliegenden Regionen massenhaft abgewandert wären. Die Wahrscheinlichkeit, daß Menschen ihre Region verlassen, ist um so größer, je näher diese zu den alten Bundesländern liegen. Kenntnisse über Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche in den westdeutschen Regionen sind bei denjenigen größer, die aufgrund geographischer Nähe genauere Kenntnisse über westliche Regionen haben. Aus Interviews kann jedoch auch eine wachsende 'kulturelle Distanz' zu den westlichen Regionen entnommen werden.

## Gliederung

1. Einleitung
2. Verlauf der Ost-West-Wanderungen
3. Arbeitsplatzdefizite und Abwanderung
4. Sozialprofil der Abwanderer
5. Pendler
6. Dauerarbeitslosigkeit
7. Wachsende Distanz zum Westen
8. Zusammenfassung und theoretische Interpretation

## Literatur

## 1. EINLEITUNG

Die Abwanderungen aus der DDR nach West-Berlin und in die alten Bundesländer hatte in den Jahren 1989 und 1990 ein großes Ausmaß angenommen. Sie war einer der Gründe für eine rasche Vereinigung der beiden Staaten, denn weder die (alte) Bundesrepublik wollte permanent mit einer derartigen Zuwanderungswelle konfrontiert sein, noch konnte die DDR angesichts einer derartigen Absetzbewegung ihrer Bevölkerung auf eine interne Stabilisierung bei offenen Grenzen hoffen. Plakativ kam dies auf einem Plakat bei einer der Leipziger Montagsdemonstrationen zum Ausdruck, wo es hieß: "Entweder kommt die DM zu uns oder wir gehen zu ihr". Mit der Schaffung der Währungsunion, der staatlichen Vereinigung und den Tarifabschlüssen, die eine schrittweise Angleichung der Lohneinkommen an das westliche Niveau versprachen, sollte die Abwanderungswelle gebremst werden oder zum Stillstand gebracht werden. Die Erosion der regionalen Humanpotentiale sollte verhindert werden. Drastische Ungleichheiten in der Regionalentwicklung Ostdeutschlands waren schon früh absehbar (vgl. Häußermann 1992), und die hohe Abwanderung wird die Stadt- und Regionalentwicklung für lange Zeit beeinflussen (vgl. Häußermann/Neef 1996).

Im vorliegenden Text soll einerseits der Verlauf der Ost-West-Wanderung seit 1989 nachgezeichnet und nach den Ursachen für diesen Verlauf gefragt werden. In einem zweiten Teil werden aus Interview-Äußerungen von Befragten in Rostock und im Landkreis Borna (südlich von Leipzig) die Motive für eine Mobilität bzw. Immobilität erläutert<sup>1</sup>.

## 2. VERLAUF DER OST-WEST-WANDERUNGEN

Im Jahre 1989 sind über 388 Tausend Personen aus Ost- nach Westdeutschland abgewandert, 1990 mehr als 395 Tausend. 1991 waren es nur noch knapp 250 Tausend, 1992 knapp 200 Tausend und im Jahr 1993 nur noch 172 Tausend. Addiert man die Abwanderungen auf, dann waren es von 1989 bis 1993 insgesamt 1,4 Millionen Menschen, die aus den neuen Bundesländern in den 'Westen' abwanderten. Das sind 7,5% der Bevölkerung von 1989 (vgl. Tabelle 1).

<sup>1</sup> Die Interviews fanden in den Jahren 1993/94 im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts "Arbeitsmarktentwicklungen und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern - Am Beispiel Rostock und Borna" statt, das in einer Zusammenarbeit der Universitäten Bremen und Rostock sowie des Umweltforschungszentrums (UFZ) Leipzig (Projektleitung: H. Häußermann, H. Heseler, S. Kabisch) durchgeführt wurde.

**Tabelle 1: Wanderungen aus den neuen in die alten Bundesländer**

Jahr	Verringerung der Einwohnerzahl in 1000	Wanderungen in die alten Bundesländer	Wanderungsaldo	Abwanderung in % der Wohnbevölkerung	Einwohnerzahl (in 1000) neue Bundesländer
1989		388.396	- 383.261	2,3	16.614
1990	503	395.343	- 359.126	2,4	16.111
1991	201	249.743	- 169.476	1,6	15.910
1992	180	199.170	- 87.825	1,3	15.730
1993	85	172.425	- 53.450	1,1	15.645
Summe	969	1.405.077	-1.053.138	in % von 1989: 8,5	

Quelle: Wendt 1995; Statistisches Jahrbuch 1995; eigene Berechnungen

Die hohe Abwanderung kam zunächst durch außergewöhnliche Situationen zustande: vor der staatlichen Vereinigung (Mitte 1989 bis Oktober 1990) baute sich ein 'Stau' von Abwanderungswilligen ab, die aus den verschiedensten Gründen die sich bietende Gelegenheit sofort wahrnahmen. Bis Mitte 1990 wurde die 'Übersiedlung' noch durch staatliche Hilfen erleichtert bzw. angereizt. Danach dürften Nachfolgewanderungen zu Verwandten, die bei der Übersiedlung hilfreich waren, ebenso bedeutend gewesen sein wie der Sog, der auf dem Arbeitsmarkt im Westen durch den Vereinigungsboom entstanden war. In den Jahren 1991/93 ist die Abwanderung kontinuierlich zurückgegangen.

In einigen der alten Bundesländer, die einem starken industriellen Strukturwandel unterworfen waren, haben in der Vergangenheit ebenfalls die Bevölkerungszahlen infolge von Abwanderung abgenommen. So ging z.B. in Nordrhein-Westfalen die Bevölkerungszahl zwischen 1973 und 1985 um 3,3% zurück, im Saarland zwischen 1975 und 1986 um 4,9% (vgl. Statistisches Jahrbuch 1992, S. 93). In beiden Ländern ist seitdem die Bevölkerungszahl insbesondere durch Zuwanderungen aus dem Ausland wieder angestiegen. Der Abwanderungsverlust in Höhe von 8,5% der Bevölkerung innerhalb von nur 5 Jahren - wie er in den neuen Bundesländern zu beobachten war - ist demgegenüber allerdings außerordentlich hoch.

## 3. ARBEITSPLATZDEFIZITE UND ABWANDERUNG

Stellt man für die neuen Bundesländer das 'Arbeitsplatzdefizit' (= Erwerbspersonen minus 'normale' Arbeitsplätze, d.h. solche, die nicht aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen finanziert werden) den Abwanderungsquoten gegenüber (Tabelle 2), dann ergibt sich für Zeit von 1990 bis 1992 kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktsituation und Abwanderung. Die Länder mit überdurchschnittlichen Ar-

beitsplatzdefiziten hatten durchaus nicht die höchsten Abwanderungsraten (Berlin-Ost, Thüringen); und umgekehrt: die Länder mit unterdurchschnittlichen Defiziten hatten vergleichsweise hohe Abwanderungsraten (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt). Eine Erklärung liegt in den Pendlerquoten: Berlin-Ost hat (verständlicherweise) die höchste Auspendlerquote, und Thüringen liegt ebenfalls über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Die Länder mit hohen Abwanderungsquoten haben vergleichsweise niedrige Pendlerquoten.

**Tabelle 2: Abwanderungsverluste Ostdeutschlands 1990 bis Juni 1992 nach Regionen**

Bundesland	Wohnbevölkerung 1989	Arbeitsplatzdefizit	Abwanderung bis Juni 92	Abwanderer in % der Wohnbevölkerung
Mecklenburg-Vorpommern	1.963.909	41,1%	46.510	2,4
Brandenburg	2.641.152	40,7%	45.880	1,7
Sachsen-Anhalt	2.964.971	41,8%	65.680	2,2
Sachsen	4.900.675	38,7%	101.650	2,1
Thüringen	2.683.877	46,4%	53.630	2,0
Berlin-Ost	1.279.212	50,2%	1.600	0,1
Neue Bundesländer	16.433.796	42,1%	315.010	1,9

Quelle: Koller (1993); 70% der Abwanderer sind Erwerbspersonen

#### 4. SOZIALPROFIL DER ABWANDERER

Von den Übersiedlern in den Westen waren im Jahr 1989 über 80% jünger als 40 Jahre (der Anteil dieser Altersgruppe an der DDR-Bevölkerung betrug 57%). Die altersgegliederten Daten für das Land Thüringen im Jahr 1991 zeigen, daß 78% der Abwanderer unter 30 Jahren alt waren! Es waren also vor allem die jüngeren Menschen, die in den Westen übersiedelten. In der Befragung des Sozioökonomischen Panels, in der nach der Neigung zur Abwanderung gefragt wird, zeigt sich ebenfalls der sehr starke Zusammenhang mit dem Alter, während der Zusammenhang mit der Lohnhöhe vergleichsweise irrelevant zu sein scheint (Burda 1993, S. 7). Im Sozioökonomischen Panel (Ost) läßt sich ein Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt-Status und Wanderungsneigung erkennen. Die Befragung ergab 1991 folgendes Bild (vgl. Tabelle 3):

**Tabelle 3: Kurz- und mittelfristige Bereitschaft erwerbsfähiger Männer bis unter 50 Jahren, aus den neue Bundesländern in die alten Bundesländer umzuziehen (in %)**

	kurzfristig	mittelfristig
Insgesamt	4,9	50,2
Voll erwerbstätig	4,6	47,9
Kurzarbeit	2,2	46,1
Arbeitslos oder nicht erwerbstätig	7,4	59,2
Pendler	9,3	61,9

Quelle: Wagner 1992, S. 129

Die größte Umzugsneigung zeigten demnach Pendler, gefolgt von den Arbeitslosen bzw. Nicht-Erwerbstätigen. Die Tatsache, daß Pendler eine stärkere Bereitschaft zum Umzug zeigen, ist ein Hinweis auf die Bedeutung, die die 'Vertrautheit' mit der Zielregion bzw. die soziale Beziehungen am potentiellen neuen Wohnort für die Wanderungsentscheidung haben. Spätere Befragungsergebnisse haben eine sinkende Neigung, in den Westen umzuziehen, bei den Ostdeutschen festgestellt (vgl. Tabelle 4). Der Anteil derer, die "sehr gerne" in den Westen umziehen würden, hat abgenommen, obwohl er nie sehr hoch war; ebenso deutlich zugenommen hat der Anteil derer, die sich das überhaupt nicht vorstellen können<sup>2</sup>

**Tabelle 4: Wanderungsabsichten der ostdeutschen Bevölkerung 1991-1993 (in %)**

	1991	1992	1993
Ja, sehr gerne	3,4	2,9	2,5
Ja, unter Umständen	30,7	29,1	25,0
Nein	65,9	68,0	72,5

Quelle: DIW-Wochenbericht 9/1994

Daraus ist einerseits zu ersehen, daß Pendeln eine Vorstufe zur Abwanderung sein kann, und andererseits zeigt die starke Diskrepanz zwischen kurz- und mittelfristiger Option, daß der in jüngster Zeit zu beobachtende Rückgang der Abwanderung noch keineswegs eine stabile Tendenz sein muß.

<sup>2</sup> Die entsprechende Frage im Sozio-ökonomischen Panel lautet: "Könnten Sie sich (auch) vorstellen, in den westlichen Teil Deutschlands, also die alte BRD oder Westberlin, umzuziehen?"

## 5. PENDLER

Pendeln scheint in Ostdeutschland die wichtigste Art von Mobilität zu sein, mit der der Arbeitslosigkeit ausgewichen werden kann. Sowohl innerhalb Ostdeutschlands wie zwischen Ost- und Westdeutschland ist die Pendlerquote gestiegen: hatten 1991 noch 4,5% der ostdeutschen Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz im Westen, so waren es im Jahr 1994 bereits 5,8% (DIW 51-52/94, S. 863)<sup>3</sup>. Die Pendlerquote innerhalb Ostdeutschlands stieg im gleichen Zeitraum von 27,0 auf 34,2%. Insgesamt waren also im Jahr 1994 41,1% aller Erwerbstätigen Pendler (zum Vergleich: 42,6% der westdeutschen Erwerbstätigen waren 1993 Pendler, davon 0,8% nach Ostdeutschland). 1991 arbeiteten erst 30% aller Westpendler in West-Berlin, 1994 war es etwa die Hälfte. Dies heißt für die im Sozioökonomischen Panel erhobenen Werte, daß die Zahl der Pendler nach West-Deutschland von 141,5 Tausend auf 196,5 Tausend gestiegen ist (+ 40%), während die Zahl der Pendler nach West-Berlin von 103,5 Tausend auf 196,5 Tausend gestiegen ist (+ 90%). Entsprechende Anteile der West-Berlin-Pendler zugrundegelegt, errechnet sich nach den Angaben des Arbeitsmarktmonitors für die Zahl der Pendler nach West-Berlin fast das Fünffache gegenüber 1991, während sich die Zahl derjenigen, die nach Westdeutschland pendeln, lediglich gut verdoppelt hatte.

Im Jahresdurchschnitt pendelten 1992 ca. 422.000 Erwerbstätige aus Ostdeutschland in den westdeutschen Arbeitsmarkt - ein großer Teil davon allerdings von Ost- nach West-Berlin. 80% der Pendler sind Männer, sie machen etwa 10% der männlichen Erwerbstätigen in Ostdeutschland aus. Von den 16-19-jährigen pendeln 13%, von den 20-29-jährigen 12%, von den 30-39-jährigen 10%, und danach sinkt die Rate auf 7%. Die Pendler waren überdurchschnittlich jung (nur 8% waren älter als 45 Jahre), der Anteil von Facharbeitern "auffallend hoch" (Ulrich 1993, S. 139), die jedoch in hohem Maße nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt wurden. Im Jahr 1993 ist der Rückgang der Beschäftigung in Ostdeutschland nahezu vollständig durch West-Pendeln kompensiert worden, obwohl im gleichen Zeitraum im Westen Arbeitsplätze abgebaut wurden. Verdrängungseffekte sind also offensichtlich.

Nach den Ergebnissen des Sozioökonomischen Panels ziehen etwa 13% der West-Pendler im Zeitraum von zwei Jahren auch tatsächlich um. Pendeln ist generell ein guter Übergang in eine dauerhafte Erwerbstätigkeit: nur 8% der Pendler wechseln nach

<sup>3</sup> Die Angaben zur Zahl der Westpendler variieren je nach Quelle ziemlich stark: nach dem Arbeitsmarktmonitor waren es im September 607 Tausend, nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahresdurchschnitt 1993 432 Tausend, und nach dem Sozioökonomischen Panel im März 1994 393 Tausend. Berücksichtigt man die Konfidenzintervalle, liegen die Angaben allerdings nicht so sehr weit auseinander, irgendwo bei 550 Tausend dürfte der realistische Wert liegen (vgl. DIW 51-52/94, S. 862)

einem Jahr in eine Nicht-Erwerbstätigkeit, ca. 30% von ihnen haben nach 2 Jahren einen Arbeitsplatz in Ostdeutschland. Pendeln ist keine Dauerlösung: im zweiten Jahr (1992) hatten schon 43% der Befragten des Sozioökonomischen Panels von 1991 das Pendeln aufgegeben, im 3. Jahr 67%, und im 4. Jahr pendelten nur noch 25%.

Die Pendlerquote steigt, je näher ein Bundesland bzw. ein Arbeitsamtsbezirk an der ehemaligen Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten liegt (vgl. Tabelle 5) - etwa ein Drittel der Pendler in den Westen arbeitet in West-Berlin (ca. 200.000). Wir können daraus schließen: Wo es geographisch geht, wird Pendeln der Abwanderung vorgezogen. Dafür gibt es gute Gründe: die Kombination aus höheren Verdiensten im Westen und niedrigeren Lebenshaltungskosten im Osten führt zu einer deutlich positiven Bilanz, was bei einem Umzug selten der Fall ist.

**Tabelle 5: Auspendler aus den neuen Bundesländern nach Westdeutschland Juni 1992 (in % der Erwerbstätigen)**

<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	6,2	<b>Sachsen</b>	3,5
- Schwerin	11,9	- Plauen	8,7
<b>Brandenburg</b>	6,7	<b>Thüringen</b>	9,6
- Neuruppin	10,5	- Suhl	17,1
<b>Sachsen-Anhalt</b>	5,5	<b>Berlin-Ost</b>	18,5
- Halberstadt	10,9	<b>insgesamt</b>	7,1

Quelle: Koller (1993); die genannten Arbeitsmarktbezirke sind diejenigen mit der höchsten Auspendlerquote in den einzelnen Bundesländern.

## 6. DAUERARBEITSLOSIGKEIT

Anhaltende Deindustrialisierung und geringes Wachstum in neuen Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland haben eine wachsende Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Abwanderung in den Westen, geförderte Beschäftigung, Qualifikationsmaßnahmen, Pendeln und Wiederbeschäftigung sind die Wege, auf denen ein großer Teil der Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert werden konnte oder zumindest den Kontakt zum Arbeitsmarkt gehalten hat; daneben aber wächst offensichtlich die Dauerarbeitslosigkeit in einem dramatischen Ausmaß, wie Befragungsergebnisse des Sozioökonomischen Panels zeigen: Von denjenigen, die Ende 1991 arbeitslos waren, waren Ende 1992 noch 39% arbeitslos, und zwei Jahre später immer noch 37%! Im November 1993 waren 47% der Arbeitslosen schon 1 Jahr zuvor ohne Beschäftigung, 30% schon 2 Jahre. Innerhalb der Arbeitslosen bildet sich eine Gruppe von Dauerarbeitslosen heraus, deren Umfang schon zwischen 37 bis 39% liegt. Der Rückgang der geförderten Beschäftigungsverhältnisse von rund 370 Tausend auf 170 Tausend im Jahr 1993 hat dazu erheblich beigetragen, die für 1997 vorgesehene vollkommene

Streichung der besonderen ABM-Mittel für Ostdeutschland wird Zahl und Anteil der Dauerarbeitslosen drastisch erhöhen.

Nach unseren Untersuchungen weichen die Strukturmerkmale der Dauerarbeitslosen in Ostdeutschland nicht wesentlich von den entsprechenden Beobachtungen in Westdeutschland ab. Ein Potential für Ost-West-Mobilität dürften sie schon deshalb nicht bilden, weil ihre Chancen, einen Arbeitsplatz in Westdeutschland zu erlangen, faktisch gleich Null sind. Aber es gibt auch andere Gründe, wegen der die Mobilität von Ost nach West abgenommen hat, wie sich in der folgenden Zusammenstellung aus Interviews zeigt, die mit Personen geführt wurden, die im Rahmen des Personalabbaus bei einer Werft in Rostock und bei einem Werk der Braunkohleindustrie südlich von Leipzig geführt wurden.

## 7. WACHSENDE DISTANZ ZUM 'WESTEN'

Die Äußerungen zur regionalen Mobilität stellen insgesamt eindrucksvolle Belege der Ergebnisse dar, die aus den Theorien über Motive und Restriktionen für Mobilitätsprozesse bekannt sind. Die außergewöhnliche Situation nach dem Systemwandel in den neuen Bundesländern hat insofern keine ebenso außergewöhnlichen Reaktionen hervorgebracht - im Gegenteil, die Antworten gleichen sehr stark den Aussagen von Befragten in früheren Untersuchungen in den alten Bundesländern, die aufgrund von Betriebsschließungen ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Für die Einschätzung von zukünftigen Wanderungstendenzen sind jedoch die Formulierungen und 'Tönungen', mit denen über einen möglichen Umzug in 'den Westen' gesprochen wird, außerordentlich interessant und aufschlußreich. Die allgemeinen Handlungsmotive bzw. -Beschränkungen werden überlagert und z.T. verstärkt durch die besondere Situation im ökonomischen Umbruch in Ostdeutschland und durch Besonderheiten in den beiden Regionen.

### a) "Wenn ich mich hier vernünftig einrichte, warum soll ich dann rübergehen"?

Generell hat das Verbleiben in der Region die höchste Priorität. Bei einem großen Teil der Befragten bilden familiäre Bindungen das Hauptmotiv, eine Abwanderung nicht in Erwägung zu ziehen. Insbesondere Frauen nennen häufig die Situation der Kinder als einen Grund, den Wohnort nicht verlassen zu wollen - aber ebenso bedeutsam ist es, wenn der jeweilige Lebenspartner einen Arbeitsplatz hat. Erstaunlich häufig werden die Beziehungen zu Eltern genannt, die man nicht allein lassen könne bzw. für die man sorgen müsse. In verschiedenen Aussagen wird die hohe Bedeutung von verwandtschaftlichen Beziehungen als eine spezifische Eigenschaft der Ostdeutschen bezeichnet, weil solche Beziehungen höher bewertet und wichtiger genommen würden als 'im Westen'.

Der Wunsch, in der Region, im Ort und in der Wohnung bleiben zu wollen, scheint sehr stark zu sein. Dabei spielen die Wohnbedingungen eine entscheidende Rolle: in keinem Fall werden die gegenwärtigen Wohnbedingungen als ungenügend oder als Anlaß bezeichnet, sich verändern zu wollen. Viele Befragte haben in die Wohnung investiert und sie nach ihren Bedürfnissen gestaltet, sich sozusagen ein 'Nest' gebaut, das noch einmal an einem anderen Ort aufzubauen sie sich nicht vorstellen können. "Wo sollen wir alten Leute noch hin? Wir haben uns hier was geschaffen, wir haben hier gearbeitet, unsere Wohnung ist hier. Wir bleiben hier" (BVE 1-03). Vielfach wird auf die allgemeine Unsicherheit verwiesen, in der es um so bedeutsamer sei, das festzuhalten, "was man hat". "Hier kenne ich wenigstens einige, hier habe ich auch alles was ich habe, und das ist schon nicht viel. Da kann ich Ihnen nur wieder sagen, was wir haben, das haben wir, aber was wir kriegen, das wissen wir nicht." (BVE 2-08). "Ich hatte zuerst auch kurz daran gedacht, in den Westen zu gehen, aber dann doch davon Abstand genommen. Das hätte zu viel Veränderung bedeutet und wäre mir zu unsicher gewesen." (BVE 8-01)

Bei den Überlegungen, unter welchen Umständen man zu regionaler Mobilität bereit sei, steht daher folgerichtig das Pendeln an erster Stelle. In allen Interviews werden dazu sehr konkrete Überlegungen angestellt, wobei regelmäßig drei Stufen durchgegangen werden: tägliches Pendeln von der Wohnung aus, wöchentliches Pendeln in die alten Bundesländer und Umzug in den Westen. Je nach Alter und familiärer Situation werden diese Möglichkeiten für unterschiedlich realistisch gehalten: unter den Jüngeren, die noch keine Familie gegründet haben, gibt es häufig die Antwort, daß man zu jeder Art von Mobilität bereit sei, auch zum Abwandern in den Westen, wenn sich ein sicherer Arbeitsplatz biete. Aber was ist für einen Arbeiter ein 'sicherer Arbeitsplatz'? In solchen Antworten wird das Dilemma der Wanderungsentscheidung sehr deutlich: die soziale Sicherheit am jetzigen Wohnort durch die Einbindung in vertraute Netze, auch wenn sie mit erheblichen materiellen Restriktionen verbunden ist, wiegt sehr viel, und sie würde nur für etwas 'ganz Sicheres' zur Disposition gestellt, für eine Sicherheit, die es in einer Arbeiterexistenz letztlich nie geben kann. Aber selbst diese letzte (illusionäre) Konsequenz wird von den älteren Befragten kategorisch abgelehnt, sie würden eindeutig das Pendeln bevorzugen - aus Rücksicht auf die eigenen sozialen Bindungen und diejenigen der Verwandten (Kinder, Partner, Eltern). "Ich könnte auch gut woanders leben. Aber mein Mann hat hier eine feste Arbeit und zum anderen ist die ganze Familie in Rostock, gehen die Kinder hier zur Schule" (BQG 3-07).

Für die Wahrscheinlichkeit, daß ein Umzug in die alten Bundesländer früher oder zum Zeitpunkt der Befragung konkret überlegt oder sogar geplant wurde, haben Beziehungen zu Freunden oder Verwandten, die bereits im Westen leben, herausragende Bedeutung. Diesen wird zugetraut bzw. sie haben es angeboten, sich um einen Arbeitsplatz

und eine Wohnung zu kümmern. Wenn beides vorhanden wäre, würden viele der Befragten ihre Sachen packen und den als schwierig eingeschätzten Schritt wagen. Wenn es also andernorts die zumindest gleiche Sicherheit der Wohnung gäbe und eine größere Sicherheit hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation, würden persönliche Bindungen hintangestellt - da eine solche 'Auffangsituation' überhaupt nur denkbar ist, wenn sie durch persönliche Beziehungen vorbereitet wird, wäre eine soziale Einbettung am neuen Wohnort ja auch zumindest in Ansätzen gegeben. Wo derartige Beziehungen nicht vorhanden sind, werden Umzugsüberlegungen - trotz des 'eigentlichen' Wunsches - begraben: "Leider kannte ich keine Anlaufperson und Kumpels wollten auch nicht mit" (HRO 2-01).

Nicht nur für die Vorbereitung eines Umzugs, sondern auch lediglich für die Information über entsprechende Möglichkeiten sind soziale Beziehungen von größter Bedeutung. "Im Prinzip könnte ich schon woanders hingehen. Aber wohin denn?" (BQG 104). Es ist nicht die abstrakte Information über einen anderen Arbeitsmarkt, der für die Umsiedlungsentscheidung entscheidend ist, vielmehr ein persönlicher Bezug - aus eigener Kenntnis durch einen früheren Aufenthalt, aus Schilderungen von anderen oder als mögliche Nothilfe bei unerwarteten Schwierigkeiten -, der die fremde Region so nahe bringt, daß man sich ein Leben dort überhaupt vorstellen kann. "Das Problem ist ja: ohne Wohnung keine Arbeit und ohne Arbeit keine Wohnung. Viele haben ja Verwandte im Westen. Die sagen dann, 'kannst bei uns wohnen solange bis du was hast'. Wenn ich Verwandte dort hätte, dann würde ich mir das vielleicht überlegen." (MBS 1-03).

In diesen Überlegungen wird die hohe Bedeutung von 'sozialen Brücken' deutlich, die für die Wanderungsentscheidung wichtiger zu sein scheinen als ökonomische Kosten-Nutzen-Überlegungen. "Ich hatte ja immer diese Westkontakte, da gab es schon irgendwann auch mal die Überlegung wegzugehen". Kosten-Nutzen-Überlegungen spielen zwar eine sehr wichtige Rolle ("Grundlegende Bedingung, es muß eine anständiger Arbeitsvertrag vorhanden sein" HRO 2-02; "Wenn es sich lohnt, würde ich rübergehen" HRO 3-36), aber sie bilden gleichsam nur eine Hintergrundfolie, ohne die Mobilitätsüberlegungen überhaupt nicht angestellt zu werden bräuchten.

Ein Aufbruch in eine andere Region, in der man niemanden kennt, kommt auch für diejenigen nicht Frage, die sich am gegenwärtigen Wohnort keine Arbeitsmarktchancen mehr ausrechnen (bzw. genauer gesagt: die wider besseren Wissens noch Chancen am Wohnort herbeiphantasieren). "In die alten Bundesländer ziehen? Kein Stück, da wäre ich der letzte, der das Licht ausmacht. Vielleicht auch einfach aus Trotz, jetzt erst recht nicht. Ich kenn auch keinen, der weggegangen ist. Wenn ich

mich hier vernünftig einrichte, warum soll ich dann rüber gehen? Und warum jemanden drüben fett machen, wenn es hier genug zu tun gibt?" (HRO 1-06).

#### b) "In den Westen zu gehen, wäre für mich wirklich der allerletzte Ausweg"

Mit der massenhaften Ausreise von DDR-Bürgern nach Westdeutschland in den Jahren 1989 und 1990 scheinen jene Menschen schon überwiegend die ostdeutschen Regionen verlassen zu haben, die eine wie immer geartete Affinität zum westdeutschen Arbeitsmarkt oder zur westdeutschen Lebensweise, eine 'soziale Brücke' gehabt haben. In den mündlichen Interviews findet sich jedenfalls keine einzige Aussage, die noch eine Bereitschaft oder den Wunsch zur Übersiedlung signalisieren würde. In den Jahren 1993 und 1994, als die Interviews durchgeführt wurden, waren hochgesteckte Erwartungen, sofern sie überhaupt vorhanden waren, durch die Arbeitsmarktentwicklung bereits weitgehend ernüchert und machten teilweise sogar Ressentiments gegen den 'Westen' Platz. In allen Interviews wird eine Arbeitsplatzsuche in den alten Bundesländern nur noch als ultima ratio erwogen, die mit unrealistischen - wenn auch verständlichen - Bedingungen verknüpft werden, so daß sich das Gesamtbild ergibt, in absehbarer Zeit würde kein einziger in ein westliches Bundesland umziehen, um seine Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Da im Jahre 1993 die Aufnahmefähigkeit des westdeutschen Arbeitsmarktes bereits weitgehend erschöpft war, sind auch nach ökonomischer Nutzenkalkulation die Mobilitätsanlässe drastisch geringer geworden. Die Aussagen sind also nicht überraschend und passen in die degressive Entwicklung der Mobilitätsrate zwischen Ost und West in diesen Jahren.

Die sog. Push-Faktoren, also die Beurteilung der Situation am gegenwärtigen Wohnort, sind nicht sehr stark. Heimatgefühle, soziale Beziehungen, familiäre Bindungen und eine überwiegend gute Beurteilung der Wohnsituation sind Elemente, die für das Verbleiben sprechen, auch wenn der Arbeitsmarkt am Wohnort alles andere als vielversprechend ist.

Zu den 'Pull-Faktoren' gehört die Wahrnehmung der potentiellen Zielregionen. Die überwiegend negativen Beurteilungen der westlichen Bundesländer stellen das Profil darstellt, an dem die gegenwärtige eigene Situation gemessen wird.

Als regionale Alternative für die Arbeitsplatzsuche wird von der überwältigenden Mehrheit nur der Umzug in westliche Bundesländer erwogen wird. Die Stadt Berlin mit ihrer vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote taucht seltsamerweise nie als eine denkbare Alternative auf. Insgesamt ist 'der Westen' ein fremdes Land. "Nur wegen der Arbeit würde ich nicht rüber gehen in den Westen. Das würde keiner aus unserer Familie machen. Der Mann meiner Tochter ist ja auch schon übergegangen, aber meine Tochter ist noch hier". Ein Befragter bezeichnet sogar zwei enge Verwandte als

“verloren”, die in den Westen gegangen sind: “Es ist hart, zwei Brüder zu verlieren. Sie sind 1989 beide rüber gegangen und dort geblieben”. Und für einen anderen ist der Westen eine Art Ausland. “Wenn ich schon außerhalb von Rostock arbeiten muß, dann schon richtig im Ausland.”

Diese Fremdheit resultiert zum einen aus einer anderen Mentalität, der man sich nicht anpassen möchte: “Ob ich die Region verlassen würde, das kommt drauf an. In den Westen würde ich ungern gehen. Ich kenne einiges von unserer Verwandtschaft dort. Das ist eine andere Mentalität.” Die sozialen Qualitäten des eigenen Nahbereichs (“In puncto Menschlichkeit und Kollektivgeist können die Wessis nicht mithalten. So skrupellos sind wir nicht”) werden sogar erst bewußt, wenn die Kontrasterfahrung gemacht worden ist: “Ansonsten fühle ich mich hier sehr wohl. Besonders jetzt, wo ich den Westen kennengelernt habe. Drüben sind sie viel reservierter, keiner kümmert sich um den anderen. Die Menschlichkeit ist bei uns größer. Jeder schimpft dort auf die Politiker, aber die Ostdeutschen hängen noch viel mehr zusammen. Sie haben gemeinsame Probleme, Sorge und Angst, ihr Einkommen zu behalten”. Das ist geradezu eine materialistische Erklärung für verschiedene Befindlichkeiten, die sich aus unterschiedlichen sozialen Lagen ergeben - aber auch Gefühle der Deklassierung spielen eine Rolle, wenn die Fremdheit beschrieben wird: “Ich würde für eine Arbeit nicht in den Westen gehen. Es gibt zwischen Ost und West doch kaum Verständnis. Wir sind sowieso 2. Klasse für die. Sie können mir erzählen, was sie wollen, da ist ne' Grenze.” Oder: “In Hamburg, da wäre ich auch nur das 5. Rad am Wagen, wir werden doch dort wie Ausländer behandelt; die, die aus dem Osten kommen, wollen doch nur hier Geld machen, das sehen gerade die Westdeutschen so”. Hier wird artikuliert, was in der populären Publizistik als 'soziale Kälte' der bundesrepublikanischen Gesellschaft beschrieben wird, die offensichtlich viele Ostdeutsche als fremd oder abstoßend empfinden, weil sie sich in der 'sozialistischen Menschengemeinschaft' trotz aller Probleme gut aufgehoben fühlten.

Als Reaktion auf die als Kolonisation empfundenen Veränderungen des Alltags seit dem 'Anschluß', wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Ostdeutschland häufig polemisch oder ironisch bezeichnet wird, bildet sich auch bei manchen eine 'ex-post-Identifizierung' mit der DDR, nachdem diese durch ihren Exitus den politisch disziplinierenden Schrecken verloren hat, und nachdem die alltäglichen Nöte nicht wie durch ein Wunder verschwunden, sondern lediglich durch andere ersetzt worden sind. Die allgemeine Erwartung, die Ostdeutschen müßten mit ihrer Vergangenheit nur unzufrieden, und mit ihrer Gegenwart nur zufrieden sein, stimuliert eine Art inneren Ausstieg aus dem Vereinigungsprozeß. Eine Frau formuliert auf die Frage, was sie tun würde, wenn sich auf dem örtlichen Arbeitsmarkt keine Chancen mehr böten: “dann würde ich evtl. auch Wochenpendeln, aber nicht in die alten Bundesländer. Ich würde

das Ablehnen aus Gründen eines Nationalstolzes”. Wo sich solche Verletzungsgefühle zeigen, liegt der Gedanke an einen Umzug natürlich sehr weit weg.

Andere Gründe, eine Abwanderung nach Westen nicht in Betracht zu ziehen, ergeben sich einerseits aus der Einschätzung, diese Chance sei vorbei, andererseits aus der Verarbeitung von Erfahrungen anderer, die wieder zurück gekommen sind. Eine bittere, aber durchaus realistische Einschätzung der Arbeitsmarktchancen führt dazu, alle mit einem Weggang verbundenen Illusionen fallen zu lassen: “Freunde oder Bekannte von uns sind nicht nach dem Westen gegangen. Das liegt sicherlich auch daran, daß wir unsere Bekannten in der ähnlichen Altersgruppe suchen, in der wir sind. So um die 50 herum, da ist man eben auch im Westen zu alt, um noch große Aktionen zu starten.”

Umziehen? “Da würde ich schon lieber pendeln. In den Westen zu gehen, wäre nur direkt nach der Wende sinnvoll gewesen. Jetzt lohnt es sich, glaube ich, nicht mehr.” Daß es sich nicht 'lohnt', zeigen negative Erfahrungen von Bekannten und Verwandten: “Und richtig, so ganz rüber zu gehen, hatte ich dann doch keine Lust. Einige Kumpels von mir sind nach Westdeutschland gegangen und sind wieder zurückgekommen, weil sie dort keine Bindung finden konnten.” “Zwei junge Leute aus der Nachbarschaft sind auch rüber gegangen, die sind inzwischen aber wieder zurück gekommen. Die sind da drüben bloß ausgenutzt worden. Hier arbeiten sie jetzt beim Klempner und kommen gut dabei weg. So golden ist der Westen nicht, wie sie gedacht haben.” “Ich würde auch nicht wegziehen, wenn ich keine Arbeit finden würde und auf die Zahlung des Arbeitsamtes oder Sozialamtes angewiesen wäre. Ich sehe ja, wie das drüben ist, an meinen Brüdern.” Die Distanz kann auch andere Gründe haben: “Nach dem Westen würde ich nicht gehen. Aus meinem Bekanntenkreis sind viele Jüngere weggegangen, aber auch wieder zurückgekommen. Für einen Teil waren die Arbeitsanforderungen doch zu hoch.” - vielleicht auch nur eine Umschreibung der anders strukturierten sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz.

Die Ankündigung 'blühender Landschaften' in Ostdeutschland und die - ehrliche oder manipulative - Propaganda, mit der neuen Wirtschaftsordnung werde es in den neuen Bundesländern rasch aufwärts gehen, hat offensichtlich manche persönlichen Entscheidungen beeinflußt, die jetzt, unter veränderten Kontextbedingungen, nicht mehr korrigierbar sind: “Schon vorher, vor der Wende, als das mit der massenhaften Ausreise losging, sind viele jüngere Kollegen, die jungen Unverheirateten meistens, aber auch welche mit Familie, in den Westen gegangen. Ich hab mich wohl nicht getraut, aber ich weiß nicht, ob ich auch gegangen wäre. Man hat uns immer Hoffnung gemacht, daß es weitergehen würde”. Doch es gibt auch sehr schlichte Ortsverbunden-

heit: "In den Westen würde ich nicht ziehen, ich bin in Warnemünde groß geworden und der Umzug nach Groß-Schwaß reicht schon."

### c) Unterschiedliche Bedingungen für regionale Mobilität

In den Äußerungen der Rostocker Befragten zeigt sich durchgängig eine größere Zuversicht hinsichtlich der Möglichkeit, innerhalb der Region wieder irgendeine Arbeit zu finden. Auch wird dort häufiger eine überregionale Pendelmobilität erwogen, deren Reichweite sich allerdings meistens explizit auf den 'norddeutschen Raum' beschränken soll. In vielen Interviews zeigen sich deutliche Distanzen gegenüber 'Süddeutschland' - was immer damit gemeint sein soll, und was immer die Gründe sein mögen. Offensichtlich werden die Regionen, die am Meer liegen (an der Ost- oder Nordsee) als ein einheitlicher Wirtschafts- und Kulturraum empfunden - bei Werftarbeitern kaum verwunderlich, für die die Städtenamen Lübeck, Hamburg oder Bremen als Werftstandorte bzw. als konkurrierende Hafenstädte einen vertrauten Klang zu haben scheinen. Dies ist ein Hinweis auf die Bedeutung kultureller Affinitäten, die aus einer angenommenen oder tatsächlichen Vertrautheit mit den dortigen Verhältnissen entstehen können.

Derartige Verbindungen oder Brücken lassen sich aus den Interviews im Landkreis Borna nicht erkennen. Westdeutschland liegt weit weg, die Kohlechemie hat sozusagen keinen Bruder und keine Schwester in den alten Bundesländern. Da auch die räumlichen Entfernungen zu einem westdeutschen Arbeitsplatz größer wären, wird eine Pendelbeziehung seltener erwogen. Besonders auffällig sind außerdem die Hindernisse, die viele der Befragten für eine innerregionale Mobilität nennen, die schlechten Verbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr. Während sich die Rostocker Befragten offensichtlich in der Großstadtregion mit dem ÖPNV zwischen Wohnung und einem neuen Arbeitsplatz bewegen können, nennen sehr viele Befragte in Borna das fehlende Auto oder die fehlende 'Fahrerlaubnis' als großes Hindernis bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Die dezentrale Struktur der ländlichen Region, der vollkommene Abbau von Werksverkehrsverbindungen und die ausgedünnten, zudem radial auf Leipzig orientierten Verbindungen des noch vorhandenen ÖPNV haben eine Immobilität zur Folge, die die Handlungschancen der Bornaer Bevölkerung erheblich einschränken.

## 8. ZUSAMMENFASSUNG UND THEORETISCHE INTERPRETATION

Nach den hohen Abwanderungszahlen in den Jahren 1989 - 1991 ist inzwischen die Abwanderung und die Bereitschaft zur Abwanderung in Ostdeutschland stark zurückgegangen. Betriebsschließungen und Massenentlassungen hatten keineswegs die unmittelbare Folge, daß betroffene Arbeitskräfte aus ökonomisch darniederliegenden

Regionen massenhaft abgewandert wären. Die Gründe dafür sind einerseits im Prozeß des Personalabbaus von Unternehmen zu suchen, der den Beginn der Arbeitslosigkeit unterschiedlich verteilt und immer wieder hinausgeschoben hat, andererseits in vielfältigen sozialen Bindungen und Vernetzungen, die eine Abwanderungsentscheidung (insbesondere bei Bewohnern ab dem 35. Lebensjahr) zu einem dramatischen Einschnitt in der Biographie werden lassen. Wie die Daten zu den Anteilen der Abwanderer aus einzelnen Bundesländern und zu den Pendlern gezeigt haben, ist die Wahrscheinlichkeit, daß Menschen ihre Region verlassen, größer, je näher diese zu den alten Bundesländern liegen. Dies liegt mit Sicherheit daran, daß Kenntnisse über Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme und Wohnungssuche in den westdeutschen Regionen bei denjenigen größer sind, die aufgrund geographischer Nähe leichter die Gelegenheit haben, zu Kurzaufenthalten in westliche Regionen zu reisen. Man kann also daraus schließen, daß es so etwas wie 'kulturelle' Nähe beziehungsweise Distanz gibt, die bei der Abwanderungsentscheidung eine Rolle spielen.

Die Lohnhöhe und die Arbeitsmarktsituation sind zwischen West- und Ostdeutschland auch im Jahre 1995 noch sehr unterschiedlich. Eine anhaltende Abwanderung aus Ost- nach Westdeutschland wäre demnach ökonomisch durchaus rational. Daß die Abwanderungsraten inzwischen gegen Null tendieren, ist also mit ökonomisch-rationalen Überlegungen nach dem Vorbild des Homo oeconomicus nicht zu erklären. Wanderungen werden besser erklärt, wenn die persönlichen Faktoren, die sich je nach Phasen des Lebenszyklus ändern können, berücksichtigt werden. In Mobilitätstheorien gewinnen zunehmend die schon vor der Wanderungsentscheidung stehenden sozialen bzw. emotionalen Beziehungen zwischen Herkunftsort und Wanderungsziel an Bedeutung (vgl. zum folgenden Hillmann 1996, 23 ff.). Dabei spielen 'geistige Raumbilder' eine wichtige Rolle, die sich aufgrund systematischer oder zufälliger Sammlung von Informationen über alternative Möglichkeiten des Lebens - und, wie wir in den Interviewausschnitten unserer Befragung gesehen haben - aus Urteilen, die auf zufälligen Erfahrungen beruhen, ergeben. Solche soziokulturelle Faktoren können in Migrationstheorien anhand folgender Hypothesen berücksichtigt werden:

- Affinitätshypothese (Bindungen an Verwandte, Freunde und die sonstigen 'gemeinschaftlichen' Bindungen am Heimatort, vor deren Hintergrund die Pull-Faktoren bewertet werden.)
- Informationshypothese (Informationen über die Zielorte laufen im allgemeinen über persönliche und vertraute Kontakte, wobei mit ansteigendem Bildungsgrad unabhängige Informationsquellen in den Entscheidungsprozeß einfließen)

- Fazilitätshypothese (Freundschaften und Verwandtschaften erleichtern die Migration und sind im Aufnahmeland wichtige Instanzen für organisatorische und emotionale Unterstützung)
- Konflikthypothese (familiäre und gesellschaftliche Konflikte steigern die Wahrscheinlichkeit von Migration)
- familiäre Entscheidung (Die Entscheidung zu wandern, wird nicht alleine getroffen, sondern steht in einem lebensstrategischen Zusammenhang der Familie.)

Dieses Modell geht von einer Konfliktsituation (Streß) aus, das Individuum filtert die relevanten Informationen in einem sozialen und emotionalen Bezugsnetz - als Kompromiß zwischen widersprüchlichen Informationen bleibt die Möglichkeit der Zirkulation bzw. der Mobilität, also das Pendeln statt Wanderung. Wanderungsentscheidungen ergeben sich in einem Spannungsfeld von individuellen bzw. lokalen Zuständen und nationalen bzw. globalen Veränderungen (Wagner 1990, S. 214). In der internationalen Migrationsforschung haben Portes und Rumbaut (1990) den Versuch unternommen, strukturelle Erklärungen mit kleinräumigen Regulationsmechanismen zu kombinieren. Migration wird danach vor allem über Netzwerke erklärt. Netzwerkanalysen bilden eine Alternative zu den herkömmlichen Pull- und Push-Modellen. Danach ist die Wanderungsentscheidung vor allem in soziale Prozesse eingebettet. Es gibt zwar Faktoren, die die Migration fördern, diese können aber nicht erklären, was sie auslöst. Die Entscheidung zur Migration verläuft in 4 Phasen:

- Das Emigrationsland und das potentielle Immigrationsland sind durch eine gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Das Zielland verbreitet seine Konsumtions- und Lebensstilmuster im Abwanderungsland durch Informationen, die über eine zunächst stattfindende Elite-Wanderung in das Herkunftsland fließt.
- Die Wirtschaftskreisläufe des Herkunftslandes werden über monetäre Transfers in den Kreislauf des Ziellandes eingebunden, wo aber aufgrund eines wirtschaftlichen Gefälles erheblich mehr verdient werden kann. Der Erfolg von 'Pioniermigranten' ermutigt weitere potentielle Emigranten zur Nachahmung und migrationsfördernde Netzwerke entwickeln sich.
- Auf der individuellen Ebene werden traditionelle Lebensstile unterbrochen und traditionelle Netze bzw. Sicherheiten werden erschüttert. Die normativen Erwartungen der dominanten Kultur werden übernommen und produzieren den potentiellen Migranten.
- Nun wird für die Wanderungsentscheidung die mikrostrukturelle Ebene ausschlaggebend. Die Chancen einer positiven Entscheidung sind hoch, wenn es Schlüssel-

personen (Verwandte oder Freunde) gibt, die die organisatorischen und sozialen Probleme zu reduzieren helfen.

Mit diesem Modell ist eine Brücke geschlagen von makrostrukturellen Unterschieden zu mikrostrukturellen Entscheidungsprozessen. Zentral sind für die Abwanderungsentscheidung die sozialen Netzwerke. Man spricht auch von 'Kettenwanderungen', nach der die sukzessive Wanderung von Emigranten durch die Erfahrung anderer ermutigt und unterstützt wird. Wenn man diese Argumentation ernst nimmt, kann sich die Forschung zur Wanderung nicht mehr nur auf Individuen richten, vielmehr müssen die Haushalte und die Netzwerke, in die sie eingebettet sind, zum Gegenstand der Analyse werden. Die bloße Abfrage nach der 'Bereitschaft, zu wandern' ist ziemlich sinnlos, weil solche Entscheidungen aus ihrem Kontext gelöst und individualisiert werden - was sie in Wirklichkeit höchst selten sind.

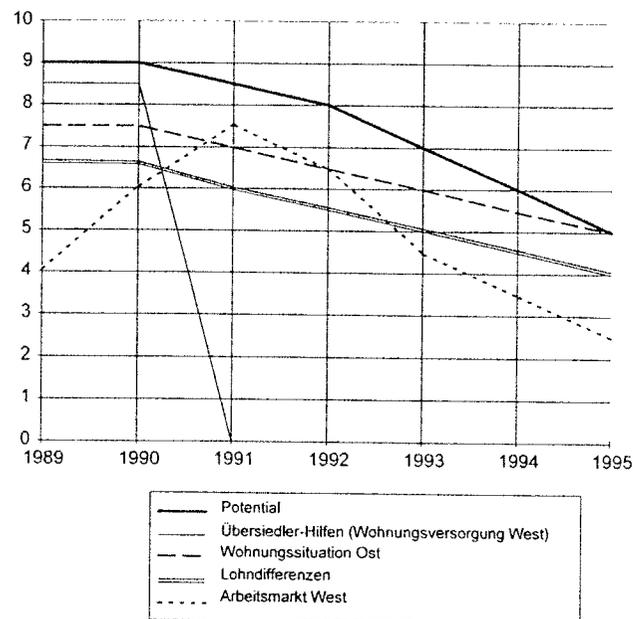
Die Ergebnisse unserer Untersuchung können vor dem Hintergrund dieser theoretischen Diskussion so interpretiert werden: die hohen Abwanderungsraten in den Jahren 1989 bis 1991 entstanden in einer außergewöhnlichen Situation und speisten sich vor allem aus einem Abwanderungstau, der durch das Ausreiseverbot für Erwerbstätige im SED-Regime entstanden war. Motive politischer Art und intensive soziale Beziehungen zu Verwandten und Bekannten in Westdeutschland bildeten die Grundlage für die hohen Abwanderungsraten. Für diejenigen, die in dieser Zeit keine entsprechenden Anlässe für einen Wechsel von Ost nach West hatten, ist die Wahrscheinlichkeit der Abwanderung erheblich geringer geworden. Denn einerseits sind die Anreize, die der 'Westen' tatsächlich ausstrahlte oder die ihm zugeschrieben wurden, geringer geworden, und andererseits haben sich die Faktoren, die einen raschen Umzug motivieren konnten (z.B. die Wohnbedingungen) inzwischen verändert.

Das Einkommens- und Arbeitsmarktgefälle bildet jedenfalls keinen zureichenden Motivhintergrund, von dem zu erwarten wäre, daß er zu dauerhaft hohen Abwanderungsraten führen würde. Die kulturellen Barrieren scheinen dagegen stärker und wirksamer geworden zu sein. Die materielle Absicherung - auch im Fall von Arbeitslosigkeit - scheint so hinreichend zu sein, daß die sozialen und kulturellen Distanzen zum Westen wirksam werden können - oder umgekehrt: die nachvollziehbaren sozialen und kulturellen Gründe für das 'Bleiben' sind angesichts einer auch nur minimalen materiellen Absicherung so stark, daß in Zukunft keine größeren Abwanderungswellen mehr zu erwarten sind. Diese Äußerungen sind auch als 'Saure-Trauben-Reaktion' zu interpretieren, denn wenn die Möglichkeiten zur Abwanderung geringer werden, werden sicher auch die Gründe für's Bleiben wichtiger bzw. mindestens stärker betont.

Die asymmetrische demographische Entwicklung in den neuen Bundesländern hinsichtlich der Altersstruktur ist auf lange Zeit durch die selektiven Abwanderungen ge-

prägt. Betrachtet man heute die Arbeitslosenraten in den zahlreichen Klein- und Mittelstädten Ostdeutschlands, dann drängt sich ohnehin eher die Frage danach auf, warum die Leute dort eigentlich noch bleiben bzw. wie sie dort bleiben können, als die Frage danach, wann und unter welchen Bedingungen sie möglicherweise abwandern. Die Mobilitätsforschung sollte sich also mehr den Ursachen der Immobilität zuwenden - und zwar aus dem regionalpolitisch wichtigen Grund, ob sich aus der angesichts trostloser ökonomischer Perspektiven erstaunlichen Ortsverbundenheit ein Potential für 'endogene' Entwicklungen ergibt, die auf Pfade führt, für die ökonomistischen Wanderungstheorien irrelevant sind.

Abb. Entwicklung der Anreizfaktoren für eine Ost-West-Wanderung



## Literatur

- Burda, M. 1993: The Determinants of East-West German Migration: Some First Results. Discussion-paper FS I 93-306, Berlin: Wissenschaftszentrum
- Häußermann, Hartmut (Hrsg.) 1992: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Basel, Boston; Berlin: Birkhäuser
- Häußermann, Hartmut; Neef, Rainer (Hrsg.) 1996: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hillmann, Barbara Felicitas 1996: Jenseits der Kontinente. Migrationsstrategien von Frauen nach Europa. Pfaffenweiler: Centaurus
- Koller, Martin; Jung-Hammon, T. 1993: Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland. In: MittAB, Heft 1
- Portes, Alejandro; Sensenbrenner, Julia 1993: Embeddedness and emigration: Notes on the social determinants of economic action. In: International Migration Review, Band 98, Nr. 6
- Ulrich, Ralf 1993: Arbeitsangebot und Wanderungen nach der Vereinigung. In: H. Hagemann (Hrsg.), Produktivitätswachstum, Verteilungskonflikte und Beschäftigungsniveau. Marburg: Metropolis
- Wagner, Gert 1992: Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Pendeln von Arbeitskräften der neuen Bundesländer, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., Heft 4
- Wagner, Michael 1990: Lebensverläufe und sozialer Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 31/1990
- Wendt, H. 1995: Wanderungen in Deutschland zwischen Ost und West vor und nach der Vereinigung. In: P. Gans; F.-J. Kemper (Hrsg.), Mobilität und Migration in Deutschland. Erfurter Geographische Studien, Heft 03. Erfurt: Institut für Geographie der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen